

# 6 Klimawandel bekämpfen

## Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Durch welche Maßnahmen werden Sie sich für eine ressortübergreifende Berücksichtigung von Aspekten des globalen Klimawandels bei politischen Weichenstellungen einsetzen, z.B. in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Energie, Handel, Umwelt, Wissenschaft und Bildung?
- 2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel als Querschnittsthema in der niedersächsischen Landespolitik durchgesetzt werden?

## Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** strebt den Atom- und Kohleausstieg an und will stattdessen auf Erneuerbare Energien setzen. Ein Zeitpunkt wurde nicht genannt.

**Bündnis 90/Die Grünen** wollen im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes „klare Landesziele“ und Maßnahmen definieren, u.a. mit einem integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm.

Der **CDU** nach sollten sich niedersächsische Klimaschutzinitiativen „am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit orientieren und einen wissenschaftlich nachvollziehbaren Nutzen“ haben.

Die **FDP** sieht „exzellente Forschung und Innovation“ als Schlüsselaspekt beim Thema Klimawandel. Dazu sollen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschende Unternehmen mehr Freiheiten bekommen.

## Die Parteien im Wortlaut:

### SPD

Die SPD bemisst dem Schutz und den Folgen des Klimawandels hohe Priorität bei. Neben dem vorbeugenden Hochwasserschutz und dem angepassten Wassermanagement als Reaktion auf wiederkehrende extreme Niederschläge, treten wir durch eine intelligente Siedlungs- und Verkehrsplanung den intensiven Wärme- und Trockenphasen und damit einhergehenden steigenden Feinstaub-Emissionen entgegen. Flüssen und Flussauen muss bei fairem Interessenausgleich mit der Landwirtschaft wieder mehr Raum zugestanden werden. Überschwemmungsgebiete von Flüssen dürfen nicht weiter zur Bebauung oder Versiegelung freigegeben werden. Schließlich muss in Folge der Erderwärmung und dem daraus resultierenden erhöhten Meeresspiegel der Deichsicherheit und dem Küstenschutz für Anwohner wieder mehr Bedeutung eingeräumt werden.

Schon in dieser Wahlperiode haben wir uns mit verschiedenen Projekten und Initiativen für den Klimaschutz eingesetzt. Wir haben eine Klimaschutzstrategie erarbeitet und streben eine Reduktion der Treibhausgase um 70 % an. Im April 2014 ist die neu gegründete Klimaschutz- und Energieagentur des Landes Niedersachsen (KEAN) an den Start gegangen. Die KEAN versteht sich

als landesweites Kompetenzzentrum für die Themen Energieeffizienz, Energieeffizienz und Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebereich und in Betrieben. Aufgabe der KEAN ist es, die praktische Umsetzung der Energiewende in Niedersachsen zu unterstützen.

Über Kampagnen soll die Bevölkerung erreicht werden. Jeder kann Energie sparen. Hierzu soll es weiterhin verschiedene Förderprojekte z.B. zur Gebäudesanierung geben.

Es muss aber auch die Akzeptanz der Bevölkerung bei der Energiewende erhöht werden. Atom- und Kohlestrom müssen durch erneuerbare Energien ersetzt werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und keine weiteren Jahrhundertlasten für die nachfolgenden Generationen zu schaffen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern stehen bei der Umsetzung der Energiewende Partizipationsrechte zu. Eine SPD-Landesregierung wird Bürgerbeteiligungsmodelle auch im Rahmen der inzwischen obligatorischen Vergabe im Ausschreibungsverfahren gewährleisten. Darüber hinaus soll im Rahmen einer bildungspolitischen Offensive zu Klimaschutz und Energiewende in allen Bildungseinrichtungen ein umsichtiger Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen vermittelt werden.

### Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1.: Die Bedrohung durch den Klimawandel ist die existenzielle Herausforderung unserer Zeit. Wird die Klimakrise nicht gestoppt drohen der Menschheit – so die einhellige Expertenmeinung – Klimakatastrophen unkontrollierbaren Ausmaßes und eine erhebliche Zunahme von Kriegen und Fluchtbewegungen. Die UN rechnen weltweit mit 200 Millionen zusätzlichen Umweltflüchtlingen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, wenn nicht endlich umgesteuert wird. Wir GRÜNE haben den Klimaschutz von Anfang an ganz oben auf unsere Agenda gesetzt und Programme für einen konsequenten Umwelt- und Klimaschutz vorgelegt.

Am „Runden Tisch Energiewende“ hat das grün geführte Umweltministerium die wichtigsten

gesellschaftlichen Gruppen zusammengebracht und mit ihnen gemeinsam ein klima- und

energiepolitisches Leitbild entwickelt. Die Vision: 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent erneuerbare Energien und die Halbierung des Energieverbrauchs. Um dies umzusetzen, streben wir ein starkes Klimaschutzgesetz mit klaren Landeszielen an. Dazu gehört auch ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen. Damit es wirksam ist, muss dieses Programm alle Politikbereiche einbeziehen. So brauchen wir unter anderem ein Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, zur Förderung der angewandten Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels sowie zur Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und nicht zuletzt zum Umbau der Mobilität.

**Antwort 2:** Zum einen durch ein wirksames Klimaschutzgesetz und einem integrierten Energie- und Klimaschutzprogramm mit konkreten Maßnahmen. Dieses basiert auf dem energiepolitischen Leitbild, das gemeinsam mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren entwickelt wurde und verschiedene Ressorts der Landesregierung betrifft. Zum anderen durch die Nachhaltigkeitsstrategie, die unter Beteiligung aller Ministerien im Umweltministerium erarbeitet wurde und die Umsetzung der Internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für Niedersachsen definiert.

#### CDU

**Antwort 1:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland auch mit Blick auf das Pariser Abkommen seine international führende Rolle im Umwelt- und Naturschutz sowie im Klimaschutz ausbaut und für ein gemeinsames Vorgehen der internationalen Gemeinschaft wirbt. Ideologische Beschränkungen und ständige Zielverschärfungen lehnen wir jedoch ab.

Eigene Initiativen unseres Landes beim Klimaschutz müssen sich am Grundsatz der Wirtschaftlichkeit orientieren und einen wissenschaftlich nachvollziehbaren Nutzen bewirken. Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu sichern, ist unser Maßstab die vorrangige Nutzung der Energieeffizienzpotenziale zur Umsetzung der europäischen Klimaziele.

Auch die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten. Wir werden diesen ideologiefrei, wissenschaftsbasiert und wirtschaftlich leistbar einfordern.

Im Mobilitätssektor werden wir den Anteil an Elektro-, Hybrid- und erdgasangetriebenen Bussen beim ÖPNV anheben, insbesondere in den Großstädten. Ferner werden wir Kommunen bei der Erstellung von Luftreinhalteplänen auch finanziell unterstützen, wenn sie auf Fahrverbote verzichten.

**Antwort 2:** Maßnahmen gegen den Klimawandel stellen bereits heute eine Querschnittsaufgabe dar. Mit der Energiewende, der energetischen Gebäudesanierung, der Stärkung der Elektromobilität sowie klimafreundlicherer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft sind bereits vier Ministerien in zentrale Herausforderungen eingebunden. Eine übergeordnete Koordinierung erscheint vor diesem Hintergrund vorerst unnötig.

#### FDP

**Antwort 1:** [Fehlt]

**Antwort 2:** Der Klimawandel im Zusammenhang mit der steigenden Erdbevölkerung sowie knapper werdender natürlicher Ressourcen stellt die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen. Mit exzellenter Forschung und Innovationen können für diese Herausforderungen neue Antworten gefunden werden, die verantwortungsbewusst, nachhaltig und fair sind sowie Lösungen für alle in Frage 1 genannten Bereiche bieten. Wir sollen, dass diese Entwicklung von uns angetrieben wird. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die forschenden Unternehmen brauchen dazu mehr Freiheit und keine Denkverbote. Ebenso wichtig sind eine besser finanzielle Ausstattung und eine leistungsfähige Infrastruktur.

#### Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Die Erreichung der Pariser Klimaziele sollte für die nächste Landesregierung hohe Priorität in der Ausrichtung ihrer Ziele und Strategien haben.

Der VEN empfiehlt der neuen Landesregierung einen Technologie- und Know-How-Transfer in die Partnerländer/-regionen des Landes und ggf. in weitere Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Zudem sollte die öffentliche Bewusstseinsbildung gestärkt werden – in Niedersachsen und Partnerländern/-regionen – für die Notwendigkeit und die Vorteile erneuerbarer, dezentraler Energiesysteme und Energieeffizienzmaßnahmen.